

Auf die eigene Identität besinnen

TRIBÜNE-Gespräch mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich

TRIBÜNE: Sie sind der oberste Ordnungshüter der Bundesrepublik. Der brutale Terroranschlag Mitte des Jahres in Oslo hat die Karten neu gemischt und die schon vergessen geglaubte Diskussion über eine Vorratsdatenspeicherung aktuell gemacht. Auch innerhalb der Koalition konnte man Meinungen zu Für und Wider vernehmen.

FRIEDRICH: Der Anschlag von Oslo wurde von einem Einzeltäter verübt, der sich über das Internet radikalisiert hat. Dieses Phänomen beobachten wir leider immer häufiger. Solche Verbrechen sind im Vorfeld nur sehr schwer erkennbar. Unabhängig von dem traurigen Anschlag in Norwegen ist die Vorratsdatenspeicherung, also eine Mindestspeicherfrist für Kontaktdaten, ein Instrument, das wir zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des organisierten Terrorismus brauchen.

TRIBÜNE: Sie sagten, dieser Terroranschlag basiere auf einer Selbstradikalisierung des Täters. Das hindert rechtsradikale Kreise hier in Deutschland aber keineswegs daran, auf rechten Internetplattformen wie altermedia ihre Zustimmung kundzutun. Breivik habe richtig gehandelt, war dort unter anderem zu lesen. Es sei Zeit, dass ein solcher Attentäter auch in Deutschland aktiv werde.

FRIEDRICH: Solche Beiträge im Internet entlarven die menschenverachtende Geisteshaltung und wir können nur hoffen, dass dies Einzelercheinungen sind.

TRIBÜNE: Zunächst wurde der Täter überwiegend im islamistischen Umfeld gesucht, erst danach wurde seine rechtspopulistische, nationalistische Gesinnung bekannt. Im Unterschied zu den bekannten rechtsradikalen Bewegungen ist der Osloer Attentäter zwar rassistisch und islamfeindlich eingestellt, aber nicht antisemitisch.

FRIEDRICH: Die Beweggründe des Täters zu ermitteln, ist Aufgabe der norwegischen Staatsanwaltschaft. Wir sollten, wenn das Urteil gefällt wurde, nachvollziehen, wie es zu einer solchen Radikalisierung und einer solchen Wahnsinnstat kommen konnte.

TRIBÜNE: In ganz Europa ist ein Zunehmen rechter Bewegungen spürbar, sowohl allgemein in der Gesellschaft als auch in der Politik. Glauben Sie, dass das Blutbad in Norwegen die Menschen zur Besinnung gebracht hat?

FRIEDRICH: Die Anwendung von Gewalt wird vom überwiegenden Teil der Bevölkerung in Deutschland, egal welche politische Richtung jemand vertritt, prinzipiell abgelehnt.



Deswegen kann man nur hoffen, dass das Attentat von Norwegen diejenigen, die möglicherweise das Gewaltphänomen verharmlosen, zur Besinnung gebracht hat.

TRIBÜNE: Obwohl der Verfassungsschutzbericht von einem geringen Rückgang in der Anhängerschaft rechter Organisationen berichtet, beklagt er den Anstieg rechter Gewalttaten. Wie wollen Sie dieser Entwicklung Einhalt gebieten?

FRIEDRICH: Wir haben in Deutschland viele Programme, die verhindern sollen, dass sich junge Menschen von rechtsradikalen, rassistischen und ausländerfeindlichen Gedanken leiten lassen. Ziel ist es, dass die Jugendlichen gar nicht erst in solche Kreise hineingeraten. Daneben gibt es eine ganze Reihe von so genannten Aussteigerprogrammen auch für die rechtsradikale Szene. Reichen solche Maßnahmen nicht aus, sind wir entschlossen, jede Art von Gewalttat, egal wodurch sie motiviert ist, konsequent zu verfolgen und zu bekämpfen.

TRIBÜNE: Ihre kontroverse Haltung zur Auffassung von Bundespräsident Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland, hat großen Widerspruch, aber auch große Zustimmung gefunden. Viele befürchten mit Ihnen, dass die säkular-christliche Grundüberzeugung unserer Gesellschaft durch eine solch undifferenzierte Toleranz in Frage gestellt wird.

FRIEDRICH: Bei dieser Frage geht es mir vor allem um die Identität unseres Landes und um die Identität Europas. Deutschland und die europäischen Länder wurden über Jahrhunderte hinweg christlich geprägt. Die Grundsätze der christlichen Religion sind zur Grundlage für unsere Verfassung und für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in Deutschland geworden. Ich halte es für unabdingbar, dass sich ein Land immer wieder auch auf seine Wurzeln und Grundlagen und seine eigene Identität besinnt.

TRIBÜNE: Bei seinem anschließenden Staatsbesuch in der Türkei warb Bundespräsident Wulff für das Christentum und sagte, das Christentum gehöre auch zur Türkei. War das Aufatmen in Deutschland über diese Äußerung berechtigt oder hat man das etwas zu optimistisch gesehen?

FRIEDRICH: Mit meiner Aussage wollte ich noch einmal klarstellen, dass Muslime, die hier in unserem Land leben, selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft sind. In der Geschichte Kleinasiens, wo heute die Türkei liegt, hat das Christentum in vielfältiger Weise über Jahrhunderte eine große Rolle gespielt. Und ich glaube, nicht mehr und nicht weniger wollte der Bundespräsident in seiner Rede auch ausdrücken.

TRIBÜNE: Glauben Sie, dass die Akzeptanz von Wulffs Aussage über den Islam und die Kritik an Ihrer Gegenposition auch daraus resultiert, dass die deutsche Gesellschaft nicht imstande oder bereit ist, das heimliche Vordringen islamistischer Ideologien bei uns zur Kenntnis zu nehmen? Ich verweise als Beispiel nur auf die Aktivitäten extremistischer Gruppierungen an Schulen, um schon Heranwachsende für ihre intoleranten, rassistischen Ideologien zu vereinnahmen.

FRIEDRICH: Ich halte es für äußerst gefährlich, wenn in einem Land bestimmte Sorgen und Ängste der Menschen als politisch oder als generell öffentlich unerwünscht angesehen werden. Denn dann lässt man zu, dass es quasi unter der Decke, also innerhalb der öffentlichen Meinung, aber außerhalb der veröffentlichten Meinung, zu Entwicklungen kommt, die niemand mehr kontrollieren kann, weil sie undifferenziert sind. Wir müssen über alle Themen, die die Menschen bewegen, offen und auch offensiv diskutieren. Wenn wir das tun, davon bin ich überzeugt, wird auch jeder Form von Extremismus der Boden entzogen.

TRIBÜNE: Die Appelle und Bemühungen um Integration haben einen neuen Anlauf genommen. Aber halten Sie die Muslime, die bislang nicht in unserer westlichen Gesellschaft angekommen sind, überhaupt noch für integrationsfähig? Auch unter den in zweiter und drit-

ter Generation hier lebenden Muslimen finden wir noch immer erkonservative, eingeleichtete Traditionalisten.

FRIEDRICH: Wir haben in Deutschland den Fehler gemacht, die Integration dieser Menschen nicht rechtzeitig umfassend zu fördern. Durch diese Versäumnisse sind in bestimmten Gruppen Parallelgesellschaften entstanden. Dennoch würde ich das Problem nicht überbewerten. Auch unter den Muslimen gibt es viele Menschen, die gut integriert sind, beispielsweise Mitglieder der Alevitischen Gemeinde.

TRIBÜNE: Innerhalb der rechten Szene hat sich zumindest optisch ein Wandel vollzogen. Die Springerstiefel verschwinden und werden durch Anzug und Krawatte ersetzt, aus randalierenden Rassisten sind brandgefährliche Agitatoren geworden, die auf den Schulhöfen CDs mit rechtsradikaler Musik und Texten verteilen und so ihre Propaganda bei den jungen Generationen verbreiten.

FRIEDRICH: Diese Agitatoren halte ich für sehr gefährlich, weil unsere jungen Leute gerade in der Pubertät nach Orientierung suchen und nach etwas, das ihrem Leben Sinn gibt. Kommt dann jemand mit einer geschlossenen Ideologie und bietet gleichzeitig noch eine Gemeinschaft, eine Kameradschaft an, dann sind sie in größter Gefahr, Opfer solcher Rattenfänger zu werden. Unsere Antwort muss in allererster Linie sein, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen um diese jungen Leute kümmern, beispielsweise die Kirchengemeinden.

TRIBÜNE: Auch in den Burschenschaften versucht eine kleine, aber sehr aktive rechts-extreme Minderheit, ihr Credo zu verbreiten. Es wurden sogar schon »Arierausweise« als Aufnahmekriterium verlangt.

FRIEDRICH: Wer solche Ideen verfolgt, begibt sich außerhalb des demokratischen Konsenses in Deutschland. Aber immerhin haben in diesem Fall die demokratischen Mechanismen gewirkt: Die einzelne Burschenschaft, die dieses »Aufnahmekriterium« einführen wollte, ist vom Dachverband der Burschenschaften gestoppt worden und musste ihr Vorhaben aufgeben.

TRIBÜNE: Was ich nicht verstehe und immer beklage, ist, dass kein einziges Land der Welt so große Anstrengungen unternommen hat wie Deutschland, seine Vergangenheit, die dreizehn Hitlerjahre zu verarbeiten. Dass Gedankengänge, die der NS-Zeit entspringen, trotzdem immer wieder zutage treten, ist für mich unbegreiflich.

FRIEDRICH: Gerade wenn ein so breiter gesellschaftlicher Konsens besteht wie hier, gibt es natürlich Einzelne, die durch eine Gegenposition provozieren wollen.

TRIBÜNE: Dahinter steckt also nur eine Profilneurose?

FRIEDRICH: Ich glaube, es handelt sich vielfach um eine pubertäre oder spätpubertäre Art der gesellschaftlichen Provokation, die nichts mit politischen Inhalten zu tun hat. Würden sich diese Menschen mit der deutschen Geschichte auseinandersetzen, dann würden sie sich für solche Aktionen schämen.

TRIBÜNE: Nur 45 Prozent der Bundesbürger halten Werte wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit für wichtig. Anscheinend haben Kirchen und Politik dabei versagt, in der heutigen Leistungsgesellschaft auch solche sozialen Werte zu verankern.

FRIEDRICH: Gerade deswegen wünsche ich mir, dass die Kirchen mit ihren Grundwerten von Nächstenliebe und Barmherzigkeit auch bei jungen Leuten wieder mehr Erfolg haben. Denn Sie haben mit Ihrer Besorgnis recht: Wenn diese sozialen Werte verloren gehen und letztlich Durchsetzungsvermögen und Faustrecht wichtiger werden als Nächstenliebe, dann ist der gesellschaftliche Zusammenhalt grundlegend gefährdet.

TRIBÜNE: In einem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« haben Sie für den gesellschaftlichen Dialog ein gemeinsames ethisches Grundverständnis gefordert, das

sich an neue Entwicklungen anpassen müsse. Ist es überhaupt möglich, eine solche gemeinsame Basis zu schaffen?

FRIEDRICH: Ziel muss ein aufgeklärter, europäischer Islam sein, der friedlich neben den anderen monotheistischen Religionen seinen Teil zum Gelingen der Gesellschaft beiträgt. Grundsätzlich glaube ich, dass das möglich ist.

TRIBÜNE: Der moderne Lebens- und Arbeitsalltag bringt neue Formen der Kriminalität hervor. In aller Munde sind die Cyber-Attacken auf Regierungsbehörden wie zum Beispiel auf das Pentagon, bei denen versucht wird, an geheime Daten zu kommen. Auch die Industriespionage mit Hackerangriffen nimmt zu und zieht enorme Schäden für Deutschland als Forschungs- und Industriestandort nach sich.

FRIEDRICH: Wir haben es bei der Cyber-Kriminalität und den Cyber-Attacken mit einer der größten Gefahren für die industrialisierte Welt zu tun. Ein Großteil unseres Wohlstandes beruht heute auf Kommunikationstechnologien und speziell dem Internet. Infolgedessen sind unser Wohlstand, unsere Sicherheit, aber auch unser wirtschaftliches Potential durch Cyber-Attacken und gezielte Industriespionage bedroht. Wir versuchen daher, gemeinsam mit unseren internationalen Partnern Gegenmaßnahmen zu organisieren und zu koordinieren.

TRIBÜNE: Der Beschluss der Regierung, ein Cyber-Abwehrzentrum zu schaffen, hat von Anfang an Kritik auf sich gezogen. »Mogelpackung« wurde die Einrichtung genannt, verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Zusammenlegung polizeilicher, nachrichtendienstlicher und militärischer Kompetenzen wurden – unter anderem von Seiten des Koalitionspartners FDP – angemeldet. War es ein schlechtes Omen, dass das Zentrum gerade am 1. April seine Arbeit aufgenommen hat?

FRIEDRICH: Das Cyber-Abwehrzentrum ist eine Koordinierungsplattform. Internet-spezialisten von verschiedenen Behörden versuchen dort, eine gemeinsame Strategie gegen mögliche Cyberangriffe zu entwickeln. Jede Behörde, jede Organisation behält dabei ihre eigenen Kompetenzen. Außer Frage steht, dass bei allen Szenarien, die man sich für die Zukunft vorstellen kann, viele juristische und technische Fragestellungen noch erweitert und geklärt werden müssen.

TRIBÜNE: Innerhalb der Koalition haben Sie generell einen schlechten Stand gegenüber der FDP. Die Bundeskanzlerin hat zum Schutz des Bündnisses einige Male Forderungen der FDP nachgeben müssen.

FRIEDRICH: Das sehe ich nicht so. Die FDP ist Koalitionspartner und muss sich mit ihrer Handschrift in der Politik der Bundesregierung wiederfinden. Teilweise vertritt der eine oder andere in der FDP einen Staats- und Liberalitätsbegriff, der aus meiner Sicht nicht mehr zeitgemäß ist.

TRIBÜNE: Auch Privatleute sind von der unsichtbaren Gefahr der Cyberkriminalität immer stärker betroffen. Müssten wir nicht die Medienkompetenz der Bürger stärken?

FRIEDRICH: Ganz sicher. Wir müssen einerseits die Sensibilität der Bürger im Umgang mit ihren persönlichen Daten stärken. Andererseits müssen wir die Menschen in die Lage versetzen, Kriminalität im Netz zu erkennen und sie gleichzeitig ermutigen, diese Kriminalität auch zur Anzeige zu bringen. Denn eines unserer größten Probleme momentan ist die hohe Dunkelziffer bei der Netzkriminalität. Viele Bürger erkennen gar nicht, dass sie angegriffen werden, und wenn sie es erkennen, alarmieren sie oft nicht die Polizei. Bei einer kriminellen Aktion auf der Straße oder in der eigenen Wohnung sähe das ganz anders aus.

TRIBÜNE: Herr Innenminister, vielen Dank für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.